

Wahlprüfsteine an Parteien – Kernthemen der Sozialpolitik

auf die Fragen des SoVD



Foto: Henry Czauderna/fotolia



Grafik: stockWERK/fotolia

Mindestlohn: Höhe und Kontrolle

Der SoVD wendet sich gegen Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt und meint: Damit der gesetzliche Mindestlohn Armut tatsächlich bekämpft, muss er durchgesetzt und angepasst werden. Darum lautete eine Frage an die Parteien: „Werden Sie für eine deutliche Anhebung sowie jährliche Anpassung des gesetzlichen Mindestlohnes eintreten und das Personal in den Kontrollbehörden aufstocken, um wirksame Kontrollen sicherzustellen?“

CDU CSU Der von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführte Mindestlohn hat für mehr Fairness in der Arbeitswelt gesorgt. Die Höhe des Mindestlohns wurde bei der Einführung einmalig von der Politik festgelegt. Grundsätzlich gilt jedoch: Die Lohnfindung ist Sache der Vertreter von Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Von nun an entscheiden diese in der sogenannten Mindestlohnkommission über die künftige Entwicklung des Mindestlohns. Sie orientiert sich dabei an der Entwicklung der Tariflöhne. Zudem ist bereits ein zusätzlicher Personalbedarf von 1600 Arbeitskräften bei der Finanzkontrolle vorgesehen, der aufgrund der erforderlichen speziellen fachlichen Ausbildung bis 2022 sukzessive umgesetzt werden soll.

SPD Nach dem Mindestlohngesetz entscheidet eine ständige Kommission der Tarifpartner alle zwei Jahre über die Anpassung der Höhe des Mindestlohns – das nächste Mal 2018. Außerdem evaluiert die Mindestlohnkommission fortlaufend die Auswirkungen des Mindestlohns. Sie berichtet der Bundesregierung alle zwei Jahre darüber. [...] Dieses Verfahren hat sich bei der Anpassung des Mindestlohns bewährt. Es ist richtig gewesen, die Kontrollen des Mindestlohns zu verschärfen und dem Zoll, der damit beauftragt ist, mehr Personal zu gewähren. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll hat dazu 1600 neue Stellen bekommen.

Grüne Wir begrüßen einen höheren Mindestlohn. Die zuständige Kommission aus Sozialpartnern und Wissenschaft soll den Mindestlohn regelmäßig anpassen und dabei den Schutz vor Lohndumping, fairen Wettbewerb, Tarifentwicklung und Beschäftigungssicherung im Auge haben. Wir fordern, dass die Wissenschaft ein Stimmrecht bekommt und die Kontrollen – auch durch mehr Personal – verbessert werden.

gen. Dies hat die LINKE von Anfang an kenntlich gemacht und kritisiert. Ein Mindestlohn muss gewährleisten, dass man bei Vollzeitstätigkeit ohne ergänzende Leistungen aus dem SGB II auskommt und auch im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen ist. Dies wäre mit einem Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde derzeit gewährleistet. Die weitere Anhebung des Mindestlohnes sollte allerdings Angelegenheit der Mindestlohnkommission sein.

Freie Demokraten FDP Wir Freie Demokraten fordern eine Vereinfachung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. [...] Die Gesetzgebung bürdet den Arbeitgebern [...] bürokratische Lasten auf, die in vielen Bereichen noch weit schwerer wiegen als die zusätzlichen Lohnkosten. Die Dokumentationspflichten führen besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu einem Papierkrieg. Der damit verbundene Kontrollzwang verhindert eine flexible Gestaltung des Arbeitsalltags. [...] Eine pauschale Anhebung des Mindestlohns lehnen wir [...] ab. Allerdings muss eine ständige Überprüfung der Höhe [...] in Bezug auf Preisniveau und veränderte Lebensbedingungen stattfinden und gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen werden.

DIE LINKE. Bei der Einführung des Mindestlohnes ist die Bundesregierung viel zu niedrig eingestie-



Foto: cpaulsen/fotolia

Am 24. September ist Wahl.

Foto: Rainer Jensen/dpa

Elterngeld/Kinderarmut

Der SoVD kämpft gegen Kinderarmut. Darum lautete eine der Fragen: „Werden sie sich dafür einsetzen, dass Elterngeld nicht auf die Grundsicherungsleistungen der Eltern angerechnet wird, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen?“

CDU CSU Das Elterngeld ist als Lohnersatzleistung konzipiert und unterstützt Eltern bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es dient dazu, fehlendes Einkommen auszugleichen, wenn Eltern ihr Kind nach der Geburt betreuen und somit ihre Arbeitszeit reduzieren. Der Systematik der Grundsicherung entsprechend ist es daher richtig, das Elterngeld ebenso wie andere Einkommensarten auf die Grundsicherung anzurechnen – dies hat auch das Bundessozialgericht bestätigt.

SPD Jedes Kind ist uns gleich viel wert und niemand soll wegen seiner Kinder arm werden. [...] Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen [...] und dabei auch die besondere Lebenssituation von Kindern berücksichtigen, die mit einem Elternteil aufwachsen. Wir wollen die Arbeitsmarktteilnahme und die finanzielle Situation der Eltern ebenso verbessern wie die Teilhabechancen von Kindern – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Gute und bedarfsgerechte Kitas und Ganztagschulen sind dafür die entscheidende Voraussetzung. Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt. Mit Blick auf die politisch gewünschten Ziele (Vermeidung von Kinderarmut, Zugang zu Bildung für alle Kinder und gleiche Förderung aller Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern) werden wir das Konzept [...] regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Grüne Die Bekämpfung von Kinderarmut hat für uns Priorität, aber unser Weg ist ein anderer. Wir wollen die Leistungen für Kinder verbessern. Die Regelbedarfe für Kinder müssen neu berechnet und angehoben werden. Das hilft auch älteren Kindern. Mit dem grünen Familienbudget stärken wir zudem Alleinerziehende und Familien mit kleinem Einkommen.

DIE LINKE. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Elterngeld nicht auf Grundsicherungsleistungen angerechnet wird. Die Kürzungen müssen ebenso zurückgenommen werden und der Bezug vor allem für Alleinerziehende im ElterngeldPlus muss verbessert werden.

Freie Demokraten FDP Wir Freie Demokraten wollen Kinderarmut bekämpfen und deshalb Kinder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderung rücken. Dazu wollen wir die bisher den Eltern zustehenden kindesbezogenen Leistungen zu einem „Kindergeld 2.0“ zusammenfassen und damit einen eigenständigen Anspruch des Kindes schaffen. [...] Bisher] werden [...] familienbezogene Leistungen wie Kindergeld, Betreuungsgeld oder Unterhaltsvorschuss auf Leistungen nach dem SGB II angerechnet. Das wollen wir ändern: Der Strauß der kindesbezogenen Leistungen wird zu einem Leistungspaket gebündelt und von einer zentralen Stelle ausbezahlt. Dieses „Kindergeld 2.0“ besteht aus folgenden Komponenten: dem einkommensunabhängigen Grundbetrag, dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexi-Betrag) [...] und den Gutscheinen für Leistungen für Bildung und Teilhabe. [...]